



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Landkreise » Prignitz » Regionale Nachrichten

17.10.2007

Erst Defizit decken, dann neue Satzung

Wohnungswirtschaft will kooperativ sein

WITTENBERGE Die drei Wittenberger Großvermieter haben gestern ihre Gesprächsbereitschaft in Sachen Abwassergebühren signalisiert. "Wir wollen wieder Bewegung in die festgefahrene Situation bringen", meinte Karsten Korup, Geschäftsführer der Wohnungsgenossenschaft Elbstrom (WGE). Mit in der Runde saßen Gewoba-Chef Werner Schmidt sowie zeitweilig auch Torsten Diehn von der Wohnungsbaugesellschaft Wittenberge (WGW). Als sachkundige Berater standen ihnen Bernd Völzer und Horst Jaruczewski von der Interessenvereinigung "Haus und Grund" sowie Siegfried Rehberg vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) zur Seite.

Korup bedauerte zunächst, dass es auf die Vorschläge der Wohnungswirtschaft keine Reaktion gegeben habe, sondern nur geringfügige Korrekturen der Gebühren nach unten. Schon vor Wochen habe die Wohnungswirtschaft einen Mischpreis vorgeschlagen, der von allen Einleitern getragen wird. Aber darauf sei bislang kein Gremium der Stadt eingegangen. Statt dessen werde versucht, die Hauptlast des in jüngster Zeit aufgelaufenen Defizits auf die Mieter und Kleinverbraucher in Wohnungen abzuwälzen. Denn bislang sei die Grundgebühr für Abwasser in Abhängigkeit von der Größe des Anschlusses berechnet worden. Laut des neuen Satzungsentwurfs solle nun für jede Wohnung im Haus bezahlt werden.

Um die Wogen der erhitzten Debatte zu glätten, schlägt die Wohnungswirtschaft nun vor, zunächst das Defizit in einer gemeinsamen Kraftanstrengung auszugleichen. Auf Vorschlag des Verbandes "Haus und Grund" sollen sämtliche Einleiter, egal ob privat oder gewerblich, soviel mehr an Grund- und Verbrauchsgebühren zahlen wie nötig ist, um den Schuldenberg abzubauen. Die bestehende Satzung, die Korup als "geprägt durch ein hohes Maß an Gerechtigkeit und Planbarkeit" beschrieb, soll zunächst für ein weiteres Jahr ihre Gültigkeit behalten. Diese Zeit könne genutzt werden, um über ein sinnvolles neues System nachzudenken, meinte Korup.

Dazu riet auch Siegfried Rehberg vom BBU. Er rechnete vor, dass den Wittenberger Mietern nach dem jetzt diskutierten Modell ein Anstieg der Betriebskosten von 45 bis 50 Prozent ins Haus stehe. "Solche Fälle sind in Brandenburg eigentlich die Ausnahme. So etwas passiert, wenn man wenig Zeit investiert und die aufgelaufenen Kosten möglichst simpel verteilen will", sagte er. Ähnliche Umlagemodelle seien auch in Frankfurt/Oder und Cottbus eingeführt worden, wobei sich die streitenden Parteien schon vor Gericht wiedergesehen hätten.

"Doch das ist der falsche Weg. Durch eine Klage verschieben sich wichtige Entscheidungen über Jahre und niemandem ist damit gedient", fuhr Rehberg fort. Er schlägt vor, dass sich Fachleute an einen Tisch setzen, um eine transparente Grundlage für eine neue Satzung zu schaffen. Schließlich müsse auch bedacht werden, was in Zukunft passiert. Ob sich etwa die Wittenberger Kläranlage auch mit kleineren Mengen eingeleiteter Abwasser noch ökonomisch betreiben lasse.

Im Hinblick auf die bevorstehende Sondersitzung am Montag appellierten die Anwesenden gestern an die Stadtverordneten aller Fraktionen, ihre Entscheidung zur Abwassersatzung noch einmal zu überdenken. dvd